



Frank Theile

Fraktionsvorsitzender

Mitglied im Stadtrat der Landeshauptstadt
Magdeburg
Mitglied im Verwaltungsausschuss
Mitglied im Betriebsausschuss Kommunales
Gebäudemanagement
Mitglied im Ausschuss für Regionalentwicklung,
Wirtschaftsförderung und kommunale
Beschäftigungspolitik

Mitglied im Aufsichtsrat der Flughafen Magdeburg GmbH
Mitglied im Aufsichtsrat der Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH
Mitglied der Gesellschafterversammlung der Magdeburg Marketing, Kongress und
Tourismus GmbH
Mitglied im Sparkassen-Verwaltungsrat
Mitglied der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft

Wahlbereich: 1 (Neustädter See, Kannenstieg, Rothensee, Sülzegrund, Industriehafen,
Gewerbegebiet Nord, Barleber See)

Telefon: (03 91) 5 40 22 26 (Fraktionsgeschäftsstelle)
E-Mail: theile@mandatos.magdeburg.de
Internet: www.dielinke-magdeburg.de/stadtratsfraktion

08.10.2014

Aktuelle Debatte:

„Aktuelle Situation der Flüchtlinge in Magdeburg“

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Gäste,

mit der Überschrift „Platz für Flüchtlinge: OB erklärt Magdeburg für ausgebucht“ versuchte die lokale Presse bereits am 26.09.2015 die Situation um die Aufnahmekapazitäten Magdeburgs und die Lage der zu uns kommenden Menschen zu beschreiben.

Auch wenn nach gegenwärtigem Stand in Magdeburg die Anzahl der in immer kürzeren Zeitabständen zu uns kommenden Menschen im Verhältnis zur Gesamteinwohnerzahl gerade einmal im ganz niedrigen einstelligen Prozentbereich liegt, müssen wir leider konstatieren, dass nach Ansicht des Oberbürgermeisters die Lage als kaum noch beherrschbar und als eine ‚Notlage‘ eingeschätzt wird.

Das Flüchtlinge in Magdeburg dennoch freundlich empfangen werden, dass sie versorgt und betreut werden, das Unterkünfte überwiegend dezentral bereit gestellt werden konnten, verdankt



Magdeburg, wie wir meinen, zu einem nicht unwesentlichen Teil einer beeindruckenden Solidarität, der Hilfsbereitschaft, dem Verständnis der Magdeburger Bevölkerung, sehr vielen ehrenamtlichen Akteuren und Organisationen, den städtischen Unternehmen, Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern.

Hier wurde engagiert, oftmals unbürokratisch, trotzdem aber professionelle und schnelle Hilfe beim Empfang, der Unterbringung und der Betreuung von Flüchtlingen geleistet.

Überwiegend diesen Akteuren verdanken wir gegenwärtig, dass ein wichtiger Teil des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, nämlich das Recht auf Asyl, in Magdeburg umgesetzt wird.

Ich möchte deshalb die Gelegenheit wahrnehmen, all denjenigen, die sich bis zum heutigen Tag aufopferungsvoll um die zu uns kommenden, von der Flucht, von Krieg, Verfolgung, Diskriminierung, Not und Elend in ihren Heimatländern zum Teil schwer gezeichneten Menschen, kümmern, den herzlichen Dank meiner Fraktion auszusprechen.

Wir möchten Sie alle bitten, im Interesse der zu uns kommenden Menschen in ihren Bemühungen und ihrem Engagement nicht nachzulassen.

Wenn ich im Namen meiner Fraktion eine solche Bitte ausspreche, dann beinhaltet diese Bitte gleichzeitig auch eine klare Kritik an all jenen, die in Regierungskoalitionen im Bund, auf europäischer und internationaler Ebene, Mitverantwortung dafür tragen, dass in einer Reihe der Herkunftsländer der zu uns kommenden Menschen, Chaos, Anarchie, wirtschaftliches Desaster, Verfolgung anders Denkender oder Glaubender, Repressalien der verschiedensten Art gegenüber der Bevölkerung, herrschen.

Auch wenn dieser Saal sicherlich nicht die Bühne dafür ist, Europa- bzw. Weltpolitik zu verhandeln oder zu debattieren, sei zumindest die Frage gestattet: Was hat sie bisher gebracht, diese Politik der Beteiligung Deutschlands an Militäreinsätzen in Ex-Jugoslawien, im Kosovo, in Afghanistan, im Irak?

Was haben eine europäische und internationale Isolation und ein durchaus überheblich anmutender Umgang mit einem machthungrigen, selbtherrlichen russischen Präsidenten in Bezug auf dessen Agieren in Syrien gebracht?

Die ohnehin schon furchtbare Lage für die Menschen dort vor Ort wird nicht dadurch besser, dass es nunmehr einem von Europa aus der politischen Einbindung gedrängten Russland möglich ist, mit Bomben- und Raketenangriffen einen Diktator an der Macht zu halten, letztlich um eigene geostrategische Interessen gegenüber den USA und Europa zu sichern.

Was haben sie also gebracht, all jene Militäreinsätze an denen z. T. auch deutsche Soldaten beteiligt waren, jenes unter dem Schlagwort „Bündnistreue“ schon fast unterwürfig wirkende Anbieten Deutschlands an globale Interessen der USA?

In den Kassen der Rüstungsindustrie, auch der deutschen (Deutschland gehört bekanntlich zu den führenden Waffenexporteuren der Welt) sicherlich keine Verluste.



Aber für die Länder und vor allem für die Menschen, die dort leben, hat sich nach den Militäreinsätzen im Grunde nichts verändert und schon gar nichts verbessert, im Gegenteil. Und genau aus diesem Grund suchen die allermeisten dieser Menschen heute zu Hunderttausenden eine sichere, menschenwürdige Bleibe und eine Zukunft bei uns in Europa, in Deutschland und in Magdeburg.

Ich denke, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben allen Grund und eine besondere Pflicht, Hilfe, Obdach und eine freundliche Aufnahme und Integration all jener, die zu uns kommen zu ermöglichen - und zwar nicht nur, weil uns das Grundgesetz dazu verpflichtet.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, als Fraktion begrüßen wir, dass Sie – man könnte meinen *endlich* – die Initiative ergriffen haben, um dieses wichtige Thema auf die Agenda einer aktuellen Debatte im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg zu setzen. Wir bewerten dies als ein der Sachlage in jeder Hinsicht angemessenes Podium und eigentlich für längst überfällig.

Niemand von uns wusste genau, wann wie viele Flüchtlinge zu uns nach Deutschland, nach Sachsen-Anhalt bzw. nach Magdeburg kommen. Das aber Menschen in großen Dimensionen aus ihren Heimatländern flüchten und sich in Richtung Europa bewegen, konnten alle, wenigstens einigermaßen Interessierten und Informierten seit Monaten aus den umfangreichen Berichterstattungen aller Medien entnehmen.

Auch in Magdeburg gab es spätestens mit jener durchaus als blamabel zu bezeichnenden Informationsveranstaltung für Olvenstedter Anfang Dezember 2014, ein erstes deutliches und zugleich Besorgnis erregendes Signal. Ein deutliches Signal, dass auch in Magdeburg akuter Handlungs-, Informations- und Organisationbedarf zur Bewältigung einer möglichen Zuwanderungs- bzw. Flüchtlingswelle besteht.

Aber, wenn erst kürzlich, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ein Dezernent im Rahmen eines Informationsgesprächs in meiner Fraktion sinngemäß davon spricht, dass vor dem Hintergrund des Alltagsgeschäfts zu viel reagiert, statt agiert wird, wirft dies einen seit längerem vermuteten, in dieser Deutlichkeit aber durchaus auch für uns unerwartet deutlichen Blick auf offenbar tatsächlich bestehende Defizite innerhalb der Verwaltungsorganisation bzw. ihrer Führungstätigkeit als gesamtverantwortlicher Oberbürgermeister.

Damit ich nicht missverstanden werde, keiner schiebt Ihnen die persönliche Schuld für die, auch aus unserer Sicht, komplizierte Lage in Magdeburg in Bezug auf die Lösung aller Fragen im Zusammenhang mit der Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen in Magdeburg zu.

Wir kritisieren jedoch, dass offenbar in nicht geringem Umfang vorhersehbare Entwicklungen unterschätzt, notwendige oder mögliche Vorsorgeplanungen (Notfallpläne) nicht geschaffen wurden, die Bevölkerung und mögliche Akteure nicht in ausreichendem Maß oder viel zu spät informiert und auf mögliche Sachlagen und anstehende Aufgaben vorbereitet wurden.



Das, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, haben Sie zumindest mit zu verantworten. Um Sie zu unterstützen haben wir u. a. mit unserem Antrag A0109/15, der leider aus unserer Sicht unverständlicher Weise in die Ausschüsse (sprich also auf die „Lange Bank“) verwiesen wurde, gestellt.

Wir fordern heute nochmals, dass die aus unserer Sicht dringend notwendige Koordinierungsstelle für Flüchtlingsangelegenheiten, sei es als Amt, als Person, als Gremium oder als eine, wie auch immer geartete, Struktureinheit unverzüglich installiert wird und die Arbeit zur Organisation und Koordinierung aller Notwendigen Maßnahmen zum Empfang, zur Unterbringung, Betreuung, Klärung des Aufenthaltsstatus und Integration von Flüchtlingen bzw. Asylsuchenden aufnimmt.

Wir halten dieses im Angesicht des immer deutlicher werdenden, offensichtlichen Wirrwarrs und der weitgehenden Unorganisiertheit, Überforderung bzw. Unabgestimmtheit zwischen den unterschiedlichen Aufgabenträgern und zuständigen Verwaltungen für nunmehr unabdingbar.

Denn wie kann es, nach für uns leider kurzfristig nicht nachprüfbar Insiderhinweisen, sein, dass beispielsweise bei der Zuweisung von Wohnungen an alleinstehende Flüchtlinge seitens des Sozial- und Wohnungsamtes in sinnvoller Auslegung bestehender Rechtsvorschriften großzügig und flexibel entschieden wird. Dass am gleichen Zuweisungsprozess aber ebenfalls beteiligte Jobcenter diesbezüglich jedoch in sprichwörtlicher „Beamtenmanier“ weiter stur Dienst nach Vorschrift macht und so mögliche, schnelle Einzellösungen erschwert oder gar verhindert. Wir reden hier selbstverständlich nur über Fälle, bei denen es sich um Bagatellbeträge bei den Mietkosten oder Minimalabweichung bei der lt. Gesetz zustehenden Wohnfläche handeln soll.

Hier und auch bei vergleichbaren anderen Sachverhalten sind schnellstens Überprüfung und der komplizierten Situation angemessene Abstimmungen unter den Behörden geboten.

Wir möchten Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, mit den uns als Fraktion, als Stadträtinnen und Stadträten zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen, die heute von Ihnen dargestellten Sachlagen zu lösen. Hierzu bedarf es, wenn nötig, pragmatischer mglw. auch unkonventioneller Lösungen. Diese mitzutragen sind wir dann bereit, wenn Sie den zu uns Kommenden helfen sich zu integrieren und gleichzeitig den sozialen Frieden in Magdeburg sichern. Deshalb fordern wir Sie auf, dem Stadtrat kurzfristig einen Maßnahmenplan vorzulegen, der Fragen wie Kita- und Schulneubauten, von den schon in den Lokalmedien zu lesen war, inkl. ihrer Haushaltsauswirkungen beinhaltet.

Was wir jedoch überhaupt nicht brauchen und was wir nicht wollen, sind schon wieder Hürden, die es den Menschen nicht ermöglichen, dort leben zu können wo sie es möchten und ein diesbezügliches Signal an die Öffentlichkeit: „Das Boot ist voll – wir werden dem Zustrom von Menschen hier nicht mehr Herr“.

Solche Signale, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden gegenwärtig jedoch nicht nur von zunehmend wirklich beunruhigten Bürgerinnen und Bürgern gehört.



Diese Signale werden vor allem von rechten Kräften in unserer Gesellschaft und aktuell besonders von jenen „Pseudobesorgten“ um die Magida/Pegida-Bewegung herum aufgegriffen und gezielt missbraucht, um menschenverachtende, rassistische und ausländerfeindliche Hetzreden in der Bevölkerung zu verbreiten, um Ängste zu nähren, um Hass auf Menschen anderer Herkunft, anderen Aussehens, anderer Lebensweise und anderen Glaubens zu schüren und zu begründen.

Es sei daran erinnert, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass es unsere Eltern und Großeltern waren, die leidvoll erleben mussten, worin eine solche Entwicklung enden kann - wenn es uns heute und jetzt nicht gelingt, die zweifelsohne schweren aktuellen Aufgaben solidarisch, weltoffen und menschenwürdig zu lösen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Frank Theile
Fraktionsvorsitzender

Anm.: Es gilt das gesprochene Wort